Heute 20 Uhr in Dresden: 7 Massenkundgebungen für den roten Arbeiterkandidaten! Lokale Seite 10

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 36 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (amtl.) an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1.50 RM. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Ges. Inseraten-expedition, Nl. Dresden, Gittelstr. 7, Hp., Tel. 27 853, Postscheck Dresden 205 15. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 259. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2.20 RM. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 RM. (zuzügl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Klatsch, Dresden-A., Annenstraße 60.

Tel. 28 521. Postscheckkonto Dresden 20 404. Verantwortlich für Lokales: Otto Gebel, Dresden; Ausland: Karl Preikschat, Berlin; für den übrigen Teil: Oswald Hantsch, Dresden; Inserate: Fritz Mitscher, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 259. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 696.

8. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 24. Februar 1932 — Nummer 46

Stürmischer Verlauf der Reichstagssitzung

Kampfruf der Kommunisten!

Genosse Ulbricht erhebt die Anklage des arbeitenden Volkes gegen das kapitalistische System
SPD verzichtet aufs Wort . Nazi-Goebbels spielt Komödie . Die Arbeitermassen mobilisieren!

Mit Thälmann gegen Hunger und Krieg

Berlin, 24. Februar (Eig. Bericht)

Der Deutsche Reichstag, der in dem System der von Brüning organisierten faschistischen Diktatur kaum noch etwas zu suchen hat, und der denn auch zur ganzen Notverordnungspolitik schwieg und durch die Brüningparteien alle Entmachtungsanträge ablehnte, ist gestern wieder zusammengetreten. Herr Groener legte den Antrag der Reichsregierung auf Festsetzung des Termins zur Reichspräsidentenwahl zum 13. März vor. Es war der erste Tag des Parlaments im neuen Jahr, und dieser Eröffnungstag stand ganz im Zeichen der großen außerparlamentarischen kommunistischen Massenaktion gegen das Notverordnungssystem.

Während draußen vor dem Hause ganze Polizeikompanien die Ruhe der Brüningparteien zu sichern suchten, erscholl im Parlament der kommunistische Kampfruf an die Millionen des arbeitenden Deutschlands gegen das jetzige System.

Die SPD hat nichts zu sagen!

Erbärmlich war die Haltung der Sozialdemokratie, die den Anspruch auf den ersten Redner hatte und auf ihn — verzichtete! Was die Sozialdemokratie hat nichts zu sagen zur 4. Notverordnung! Die Sozialdemokratie hat nichts zu sagen zu Groeners Erlaß! Die Sozialdemokratie hat nichts zu sagen, wenn Millionen in Deutschland Hunger leiden!

Nazi-Goebbels für §-48-Demokratie

Die Sozialdemokratie hat nur dann etwas zu sagen, wenn Herr Goebbels in seiner inhaltlosen Rede der Sozialdemokratie einen „ungenügenden" Patriotismus vorwarf. Das brachte die Sozialimperialisten in Harnisch. Da brüllten die Chauvinisten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf. Da suchten sie Goebbels den Rang streitig zu machen, wer patriotischer sei: die Sozialdemokraten oder die Nationalsozialisten, bis der Schwerkriegsbeschädigte, Genosse Graf, Vorsitzender des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten im Namen der Millionen Kriegsopfer die sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Kriegshetzer in ihre Schranken zurückwies.

„Vorwärts" als Goebbels Kronzeuge

Herr Goebbels ließ sich, um nicht über die praktische konterrevolutionäre, reaktionäre Politik der Nationalsozialisten sprechen zu müssen, von der Sitzung ausschließen. Vorher aber kam es noch zu einem bedeutungsvollen Vorgang: Goebbels forderte unter Berufung auf die Sozialdemokratie und den „Vorwärts" die Beteiligung der Nazis an der Regierung. Herr Goebbels versprach, nach den berühmten „Spielregeln der Demokratie" zu regieren, als er höhnisch Stampfer zitierte. Jawohl, er will nach den Regeln der Artikel-48-„Demokratie" regieren, mit jenem Diktaturparagraphen, dessen Anwendung gerade die Arbeiterschaft die SPD den Hitler-Goebbels erst vorbereitet hat. Das Zusammenspiel zwischen Sozialdemokratie und Hitlerfaschismus wurde offenkundig.

Kampfruf der Kommunisten

Hoch über dem Froschteichniveau der flachen Phrasen des Nazi-Goebbels erhob sich die Rede des Gen. Walter Ulbricht, der im Namen der kommunistischen Reichstagsfraktion grundsätzliche Abrechnung mit dem Notverordnungssystem hielt. Am Ende seiner Ausführungen stellte Gen. Ulbricht die Kriegsgefahr, alarmierte er das deutsche Proletariat zum Schutz für die Sowjetunion und Chinas, gegen die Aufteilung durch die Imperialisten. Sein flammender Gruß an die rebellierenden spanischen Soldaten löste stürmisches Händeklatschen bei den Kommunisten aus. Seine Brandmarkung der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Kriegshetzer, die Deutschland zur Durchgangsstation für die Waffentransporte an die japanischen Räuber machen, fand lauten Widerhall, und die Schilderung des Notverordnungselends, des Todes der Arbeiterfrau Else Knorr durch den Notverordnungsabbau löste eine Bewegung aus, die minutenlang anhielt. Else Knorr, die Frau eines Berliner Arbeitslosen, der für eine vierköpfige Familie 14,40 Mark „Unterstützung" erhielt, lag jahrelang schwer krank. Die Notverordnung machte Aerzten und Krankenkassen Hilfe unmöglich. Das Spardiktat der Stadtverwaltung nahm ihr die letzten Krankenkostmittel, die Pflegerin wurde eingezogen. Else starb [illegible]

folgten in wenigen Tagen weitere 7 Opfer in Berlin. Hunderte werden es wohl im ganzen Reich gewesen sein! Das waren keine allgemeinen Phrasen! Hier sprach die Not des Volkes und seine Anklage gegen die herrschende Klasse Deutschlands durch den Mund des Kommunisten, der einzigen Partei des Kampfes für eine grundsätzliche Aenderung des wirtschaftlichen und politischen Systems. Der Weg zur Befreiung Deutschlands aus den Ketten der kapitalistischen Diktatur des In- und Auslandes — hier wurde er aufgezeigt. Hier sprach der Vertreter des neuen Deutschlands, das auf dem Marsche ist, des Deutschlands des Sozialismus. Dieses proletarische Deutschland sagt den Brüning-Hitler, den Wels und Hindenburg den Kampf an, dieses Deutschland macht jetzt in Nord und Süd, in Ost und West mobil für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

Wir greifen an!

Kommunismus — die einzige Rettung!

Unser Zentralorgan, die „Rote Fahne", Berlin, erscheint wieder. In der ersten Nummer nach dem Verbot brachte sie nachfolgenden Artikel, den wir mit geringen Aenderungen widergeben:

Die KPD. demonstriert im Präsidentschaftswahlkampf in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Mietskasernen ihren revolutionären Willen, im Namen und im Lebensinteresse der proletarischen Millionen und des ganzen werktätigen Volkes seine soziale und nationale Knechtschaft zu brechen, die Sklavenketten des deutschen und internationalen Finanzkapitals zu zerreißen, die Macht des Sozialismus in [illegible] Deutschland zu errichten. Die KPD. zeigt den Millionen, die durch die Politik des Kapitalismus an den Rand der Verzweiflung getrieben werden, daß eine Kraft und eine Führung zu ihrer Rettung aus dem Elend des Kapitalismus da sind. Die KPD. appelliert im Präsidentenwahlkampf an die Millionen, mit ihr gemeinsam zu kämpfen.

Die herrschende kapitalistische Klasse fürchtet natürlich diese unversöhnlich klare Politik der Kommunistischen Partei.

Die Sozialdemokratie, die wie in den „glorreichen" Zeiten des großen Krieges 1914/18 ihr Herz an Hindenburg verloren hat, fürchtet den politischen Angriff der Kommunistischen

Schmiedet die rote Einheitsfront!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, Werktätige! Schaffende Bauern, Mittelständler!

In Hunderten von Betriebs-, öffentlichen, Erwerbslosen-, Bauern- und Mittelstandsversammlungen im Unterbezirk Dresden entschieden sich die Werktätigen für die rote Einheitsfront gegen die reaktionäre Front von Rosenfeld-Wels bis Hitler. Stürmisch begrüßten sie den Beschluß des ZK der Kommunistischen Partei, dem Kandidaten der Reichen und Unterdrücker einen Kandidaten der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Schichten entgegenzustellen. Am 22. Februar traten in Dresden Arbeiter aus den Betrieben, Arbeitsämtern und Büros mit den Vertretern des Mittelstandes, der Kleinbauern und der Intellektuellen zusammen, um ein Komitee für rote Einheitsfront gegen „eiserne" Hindenburg-Hitler-Front, für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann gegen die Kandidaten der Bourgeoisie zu bilden. SPD-, SAP- und parteilose Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie Vertreter des Mittelstandes und der Intellektuellen bilden gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern das Komitee.

Sie fordern alle auf, sich in die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei und ihres Führers, den roten Kandidaten Ernst Thälmann, einzureihen und gegen Hunger, Elend und Entrechtung zu kämpfen.

Alle, denen die Löhne und Gehälter, die Unterstützung und die Rente gekürzt wurden, alle, die unter Steuerdruck und Mietwucher leiden, müssen gemeinsam mit der Kommunistischen Partei für den roten Kandidaten Ernst Thälmann marschieren.

SPD- und SAP-Arbeiter, die ihr ebenfalls unter der Notverordnungspolitik zu leiden habt und für die Verbesserung eurer Lage kämpfen wollt, ihr könnt euch nicht für euren Klassengegner Hindenburg und für seine Formationen entscheiden, sondern euer Kampf gilt dem Notverordnungs-Präsidentschaftskandidaten, für den Präsidentschaftskandidaten der Arbeiterklasse.

Mittelständler, arme Bauern! In einer Reihe von Versammlungen habt ihr euch gegen die **soziale und nationale Unterdrückung** gewandt und euch für den gemeinsamen Kampf unter Führung des Proletariats entschieden. Ihr müßt erkennen, daß Hindenburg-Hitler-Hugenberg euch nicht helfen, sondern daß sie als Vertreter der Großkapitalisten, der Großagrarier, der Truste und Konzerne euch **auswuchern und zugrunde richten.** Ihr könnt in eurem Befreiungskampf **nur unter Führung des Proletariats** siegreich sein.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, für die der Präsidentschaftswahlkampf **keine parlamentarische Aktion** und kein parlamentarischer Kuhhandel war und ist. Gestützt auf die rote Millionenarmee der Werktätigen, gestützt auf die Klassenkampforganisationen und roten Einheitsorgane des Proletariats führt sie den Präsidentschaftswahlkampf **unter revolutionären Losungen.** Werktätige, reiht euch deshalb ein in die rote Front,

meldet euch als rote Wahlhelfer, unterstützt die Sammelaktion, organisiert Massenversammlungen!

In jedem Betrieb, in jedem Büro, an jedem Arbeitsamt, in Mittelstands- und Kleinbauernversammlungen, im praktischen Kampf entscheidet euch für die rote Einheit gegen Reaktion und Faschismus. Mobilisiert das Industrie- und Landproletariat, den Kleinbauern, Handwerker, Gewerbetreibenden und Intellektuellen für den revolutionären Kampf.

Rüstet zu der Massendemonstration am 6. März in Dresden!

Marschiert auf für die soziale und nationale Befreiung, gegen Tribute und Reparationen, gegen imperialistischen Krieg, Hunger, Elend und Erwerbslosigkeit. Kämpft mit uns für eine menschenwürdige sozialistische Zukunft aller Werktätigen, für ein freies sozialistisches Deutschland im Bündnis mit der Sowjetunion und dem Weltproletariat, gegen den bankrotten Kapitalismus!

Dresden, 24. Februar 1932.

Dresdner Komitee für rote Einheitsfront gegen „eiserne" Hindenburg-Hitler-Front!

I. A.: Willi Bottel, SPD; Erich Gäbler, SAP; Oswald Hantsch, Betriebsrat S. A. R.; Otto Wehlte, Betriebsrat Eltwerk; Max Barth, Betriebsrat Güterabfertigung Altstadt; Johanna Wende, Betriebsrätin; Louis Bellmann, parteilos, Baugewerbe; Dr. Helm, Rechtsanwalt; Dr. Odl, Arzt; Otto Friebel, Kaufmann; [illegible]